

Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme der Studierendenvertretung der Uni Würzburg zu Restmitteln aus Studienbeiträgen und studentischer Mitbestimmung

Die Studierendenvertretung der Universität Würzburg bezieht hiermit Stellung zur Aufforderung von Wissenschaftsminister Dr. Heubisch, den „zügigen Abfluss der Restmittel aus den eingenommen Studienbeiträgen“ (Brief vom 19.11.2010, veröffentlicht auf www.bayernleaks.de) nachzukommen.

Wir sehen es als äußerst bedenklich an, dass der Minister einen schnellen Abfluss der Mittel fordert, um die „politische Unterstützung für Studienbeiträge nicht zu gefährden“. Hiermit stellen wir klar, dass die Beiträge nicht ausgegeben werden, um die „politische Unterstützung“ zu gewährleisten, sondern allein um die Studienbedingungen zu verbessern. Der Minister versucht, die Hochschulen unter Druck zu setzen. Dem widersprechen wir deutlich.

Die Mitwirkung der Studierenden in zentralen und fakultären Vergabegremien ist nicht, wie der Minister suggeriert, der hemmende Faktor, sondern die wichtigste Voraussetzung für eine zweckentsprechende Vergabe der Beiträge.

Da es in der Vergangenheit immer wieder zu Fällen kam, in denen das studentische Votum durch die letztentscheidende Fakultäts- oder Hochschulleitung ignoriert wurde, fordern wir vielmehr, dass die paritätisch besetzten Vergabegremien das Letztentscheidungsrecht für die Vergabe haben und nicht nur Empfehlungen aussprechen. Nur so können die Studierenden auch wirklich sicher entscheiden, was mit ihrem Geld passiert.

Wenn es trotz zweckentsprechender Vergabe in paritätisch besetzten Gremien zu einer Anhäufung von Resten kommt, dann halten wir es für angebracht, die Notwendigkeit von Studienbeiträgen grundsätzlich zu überdenken. An unserer Universität wird schon jetzt zum Teil der Grundbedarf aus den Beiträgen finanziert, teilweise sogar gegen den Willen der Studierenden.

Deshalb fordern wir eine signifikante Mehrausgabe des Staates für den Grundbedarf der Hochschulen, der bedarfsgerecht verteilt wird und damit am Ende jede Diskussion um die Vergabe der Studienbeiträge unnötig machen könnte.